

Humanitäre Hilfe darf nicht die Hure der Politik sein

von Cornelia Füllkrug-Weitzel

Der Irak-Krieg hat erneut gezeigt: Hilfsorganisationen müssen sich über die ethischen Grundlagen ihrer Arbeit verständigen. Bei der Konferenz zum Thema "Macht und Ohnmacht der Hilfe" von medico international im März in Frankfurt sagte Cornelia Füllkrug-Weitzel, Direktorin von "Brot für die Welt" und Diakonie Katastrophenhilfe, in ihrem Vortrag: "Hilfsorganisationen müssen nicht Menschenrechts-, Entwicklungs- und Friedenspolitik betreiben, aber alle drei Komponenten im Kopf mitdenken, wenn sie ihre Einsätze planen."

Ich verzichte auf eine "Anklage" von Politik und Medien und möchte uns humanitären Hilfsorganisationen stattdessen selbst kritische Fragen stellen. Uns, die wir uns auf den Code of Conduct verpflichtet haben, dessen zentrale Aussage lautet: "Wir werden darauf achten, dass wir nicht zum Instrument der Außenpolitik von Regierungen werden. (Wir) sind Organisationen, die unabhängig von Regierungen handeln. Deshalb formulieren wir unsere eigenen Vorgehens- und Durchführungsstrategien. Wir haben nicht die Absicht, Regierungspolitik umzusetzen (. . .) ebenso wenig werden wir uns zu Handlangern für die Außenpolitik der Geberregierungen machen."

Es geht bei dieser Selbstverpflichtung um humanitäre Hilfe ohne jegliche Ausgrenzung – allein nach dem Gewicht der Not und dem Grad der Bedürftigkeit. Es geht darum, humanitäre Hilfe bewusst vor dem Missbrauch als parteiischen oder politischen Akt zu bewahren. Nun steht dieses hehre Prinzip diametral zum provokativen Titel dieser Runde: "Hilfe – eine Geisel der Außen- und Sicherheitspolitik?" und wirft Fragen auf:

Aber zunächst generell: Zur Geisel und zum Spielball der Politik wird man dann,

- wenn man sich als abhängiger, machtloser Gefangener sieht, der sich der Politik und ihren Regeln unterwerfen muss;
- wenn man nicht weiß, an welchem politischen Spiel man beteiligt ist, welche Rolle man darin einnimmt und welche Wirkung man hat oder haben kann;
- das heißt letztlich, wenn man passiv und unwissend bleibt und nur reagiert, anstatt wissend und proaktiv zu handeln.

1.

Wir haben gerade aus der jüngeren Entwicklung seit den Balkan-Kriegen gelernt, dass von unserer bzw. westlichen Regierungen und den großen Medien in solchen Konflikten, in denen man massive Interessen verfolgt und politisch-militärisch-kriegerisch intervenieren will, das ethische, humanitäre Argument immer stärker als politisch-ethische Rechtfertigung eingesetzt und die humanitäre Hilfe immer enger in die politische Kriegs- und Nachkriegsstrategie ein- und untergeordnet wird – sozusagen als öffentlichkeitswirksame und den schmerzhaften Krieg mildernde humanitäre Unterkomponente.

Überspitzt hat Jens Jessen kürzlich in der Wochenzeitung Die Zeit dies mit der Arbeitsteilung zwischen Chirurg und assistierender Schwester verglichen. Der Erste schneidet das böse Krebsgeschwür heraus, die Schwester sorgt dafür, dass die notwendige Wunde nicht zu sehr blutet.

Die gegenwärtige Situation gibt Anlass zu der Behauptung, die zivilen humanitären Hilfsorganisationen stehen in solchen Konflikten zunehmend in Gefahr, zu effizienten humanitären "Dienstleistern" funktionalisiert zu werden, die sich nicht nur der kriegerischen Logik zu beugen haben, sondern in die konkreten militärstrategischen Planungen eingebaut – neudeutsch "eingebettet" – werden.

Der humanitären Hilfe im Tross der Besatzungsmacht wird die Funktion zugewiesen "to win the hearts and minds of people". Colin Powell nannte jüngst die humanitären Organisationen selten unverblümt "einen Machtmultiplikator, einen wichtigen Teil unserer Kampftruppen". Entsprechend werden Vorgaben gemacht, wer wem helfen darf – entsprechend den politischen und militärstrategischen Zielsetzungen.

Diese Art von Zusammenarbeit wird nicht durch argumentative Überzeugungsarbeit von Regierungsseite bewirkt, sondern sie kommt vor allem über Konkurrenz und Zugang zu öffentlichen Mitteln, Gunst- bzw. Ungunstbeweise der großen Medien, und damit des davon abhängigen Spendenmarktes zu Stande.

Die Ökonomisierung der humanitären Hilfe leistet einer ungewollten Politisierung Vorschub. Die zunehmende Zahl von humanitären Organisationen, die wesentlich von Regierungszuwendungen abhängen, spielt dabei eine große Rolle. Daneben gibt es noch eine ganze Palette von lockenden Schutz- und Kooperationsangeboten von Seiten der Militärs und der Regierungen, die die Bereitschaft, sich instrumentalisiert zu lassen, zusätzlich erhöht.

Wohlgemerkt: Es geht nicht um moralische Anklage gegenüber der Politik, sondern um den Versuch, die realen Verhältnisse und unsere Schwächen zu beschreiben. Daran schließen sich die folgenden Fragen an uns selbst logisch an:

- Sind wir dazu verurteilt, uns einbinden und abhängig machen zu lassen? Können oder wollen wir es uns stattdessen leisten, Geld von Regierungen abzulehnen, wenn sie mit Auflagen und Bedingungen verbunden sind – wie jüngst die Mitglieder aus kriegsführenden Nationen unseres eigenen globalen kirchlichen Netzwerkes für humanitäre Hilfe ACT ("Action by Churches Together") im Fall Irak. Oder wie die Diakonie Katastrophenhilfe im Fall Serbien.
- Geben wir selbst im Zweifelsfall den eigenen ökonomischen Interessen beziehungsweise dem Marktdruck oder den Prinzipien der humanitären Hilfe, wie wir sie unter anderem im Code of Conduct unterschrieben haben, den Vorrang?
- Bei wie viel Prozent back-donor-money, das heißt Regierungszuweisungen, unseres Budgets liegt die kritische Grenze für unsere Abwehrfähigkeit gegenüber politischen Instrumentalisierungsversuchen?
- Sind wir willens und in der Lage, gemeinsam Gegengewichte zu setzen und Strategien zu entwickeln, die uns mehr Spielraum geben, nicht nur im deutschen, sondern im internationalen Rahmen?

2.

Unser humanitäres Credo, "humanitäre Hilfe nicht als parteiischen oder politischen Akt zu verstehen", hat nicht davor geschützt, dass in vielen Gewaltkonflikten und Kriegen die humanitäre Hilfe ziviler Hilfsorganisationen handfeste politische Auswirkungen hatte und politische Zeichen setzte. Viele erinnern sich an die Vorwürfe aus Politik und Medien, mit humanitärer Hilfe würden machtgierige lokale Warlords und Potentaten alimentiert und damit sinnlose lokale Kriege verlängert. Aus den USA kam das Konzept "do no harm" (Richtet keinen Schaden an; die Red.) als Handlungsanleitung für humanitäre Organisationen, um durch gezieltere Hilfe vor Ort zu friedlicher Lösung beizutragen.

Seit dem Kosovo-Krieg, spätestens nach dem 11. September, erleben wir aber als Wechselbad, wie westliche und speziell US-Politik in solchen lokalen Konflikten nun eine globale Herausforderung sieht und die kriegerische Intervention als ethische Lösung fordert. Und die betroffene Bevölkerung erlebt, wie humanitäre Organisationen ihr Personal und Hilfsleistungen vor der drohenden militärischen Intervention abziehen und nach erfolgreicher Intervention wieder unter dem Schutz, ja sogar im direkten Tross des siegreichen Militärs zurückkehren. Gewollt oder ungewollt haben auch hier humanitäre Organisationen klare politische Signale gesetzt und Wirkung gehabt – trotz "do no harm", das offensichtlich wesentlich zu kurz greift.

Mehr noch haben wir seitdem erlebt, wie humanitäre Hilfsaktivisten sogar selbst so genannte "humanitäre Interventionen" gefordert haben. Aus einem Konzept zur Eindämmung des Krieges, als das die humanitäre Hilfe begann, wurde mit der Betonung des so genannten "humanitären Imperatives" eine Kriegslegitimation.

"Humanitarismus" wurde mit öffentlicher Unterstützung so genannter humanitärer Organisationen zum propagandistischen Vorwand für militärische Aktivitäten (deren wahre Gründe, wie wir wissen, ganz anderswo lagen und kaum waren die Kriege im Gange und erst recht: kaum waren sie vorüber, hat sich kein Mensch mehr für die humanitäre Lage der Menschen interessiert – siehe Balkan, siehe Afghanistan).

Auch daran schließen sich Fragen an:

- Wenn uns deutlich ist, dass Hilfsorganisationen durch ihre Aktion bzw. Nichtaktion in Konflikten auch politische Wirkungen haben – gegenüber der betroffenen Bevölkerung, gegenüber den lokalen Konfliktparteien und der internationalen Politik, wie gehen wir damit um, damit unsere Aktivität wirklich "no harm does" – und dies nicht im verniedlichenden Sinne der Begrenzung auf lokale Konflikte?
- Sollen wir es ignorieren und uns auf unsere "core competence" beschränken, (. . .) Ich denke, dass uns der Code of Conduct das verbietet, denn Unparteilichkeit will hart errungen sein.
- Sollen wir es verleugnen oder zumindest verschweigen, weil es schlecht für das Fundraising ist: Spenden doch die Menschen gerade deshalb scheinbar lieber für humanitäre Hilfe als für langfristige Entwicklungshilfe, weil Nothilfe unkomplizierter wirkt, nachdem Werke wie wir ("Brot für die Welt" und andere) jahrelang auf die ungerechten weltwirtschaftlichen Rahmenbedingungen und anderes hingewiesen haben, die den Erfolg unserer Hilfe in Frage stellen.

Ich denke, wir müssen darüber reden im Sinne der Aufdeckung von Missbrauch. Nur das ist eine taugliche Voraussetzung für seine Abwehr und für die Verteidigung der guten und dringend benötigten Prinzipien humanitärer Hilfe.

- In diesem aufklärerischen Sinne können wir politische Wirkungen aber nicht benennen, ohne sie auch zu bewerten. Aber auf der Basis welcher ethischen Grundsätze tun wir das?

3.

Das führt mich direkt zum letzten Punkt: Ich denke, es ist an der Zeit, über unsere ethischen Grundlagen als humanitäre Hilfsorganisationen Rechenschaft abzulegen oder genereller: über die ethischen Grundlagen der humanitären Hilfe zu sprechen. Wer, wes Geistes Kind, sind wir als die verschiedenen humanitären Hilfsorganisationen? Welche religiösen und politischen Überzeugungen oder ökonomischen Überlegungen fließen in die humanitären Bewertungen und Aktionen ein beziehungsweise prägen sie? Welche Vision und welche Gesamtstrategie leitet unsere Arbeit bewusst oder unbewusst? Das hat Folgen auch für die Qualität.

Die Diakonie Katastrophenhilfe – als kirchliche Hilfsorganisation definitiv keine Zeitgeistorganisation, sondern von manchen ebenso als "alt" belächelt und abgetan wie manche Teile Europas von Bush – hat nie einen Hehl daraus gemacht, dass sich unsere Überzeugung von der Notwendigkeit unparteiischer und neutraler Hilfe in ein ethisches Gesamtkonzept fügt. In ihm geht es nicht um Neutralität, sondern um Parteinahme für die Bedürftigsten, um Frieden, um religiösen und ethnischen Ausgleich, um Versöhnung, um soziale Gerechtigkeit, um Menschenrechte und Menschenwürde, um Partizipation und Empowerment und nicht zuletzt um christliche Nächstenliebe.

Das fließt in unsere Situationsbewertung und Hilfsstrategie ebenso ein wie in unsere Werbung.

Als christliches humanitäres Hilfswerk, das sich als ein Instrument unter demselben Dach und derselben Leitung befindet wie das Entwicklungsinstrument "Brot für die Welt", und die Diakonie Menschenrechtsarbeit und mit beiden eng kooperiert, fällt es der Diakonie Katastrophenhilfe wahrscheinlich leichter, humanitäres Engagement ohne größeres Kopfzerbrechen mit anderen ethischen Grundsätzen – wie zum Beispiel einem klaren Friedens- und Versöhnungscredo – zu verbinden (auch als Schutz und Immunisierung gegenüber den Einflüssen und dem Druck einer zweckorientierten und wechselhaften Ethik in der Politik).

Es fällt uns als Teil eines größeren Werkes leichter, die unterschiedlichen und spezifischen Instrumente der langfristigen Entwicklungs- und Friedensarbeit, der Menschenrechtsarbeit, der Lobbyarbeit und der humanitären Hilfe in der jeweiligen Schärfe, die durch Trennung entsteht, einzusetzen, ohne deshalb blind zu sein für die größeren Herausforderungen und Visionen und auch für mögliche Zielkonflikte und ohne uns deshalb politisch ohnmächtig zu fühlen.

Wir müssen nicht mit der humanitären Hilfe Menschenrechts-, Entwicklungs- und Friedenspolitik betreiben. Wir haben aber die Anforderungen des Menschenrechtsschutzes, der Friedens- und Entwicklungspolitik im Kopf, wenn wir unsere humanitäre Hilfe strategisch planen.

Dadurch gewinnt sie eine spezifische Qualität, die wir für unverzichtbar halten.

Humanitäre Hilfe wird unter den Gesichtspunkten der Nachhaltigkeit, der Menschenrechte und -würde, der Friedensförderung geleistet – das stört ihre Neutralität keineswegs, verdankt sich aber ihrer christlich-ethischen Ausrichtung.

(veröffentlicht im März 2003)